

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Paul Schäfer, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Lothar Bisky, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

### **zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum NATO-Gipfel**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Mit der Amtsübernahme der US-Präsidentschaft durch Barack Obama entsteht die Chance für die Entwicklung einer tragfähigen Perspektive für mehr Frieden und Sicherheit in den internationalen Beziehungen. Die europäischen Staaten müssen diese Gelegenheit nutzen, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und Versäumtes nachzuholen. Schon einmal eröffnete sich mit der Pariser Charta 1990 die große Chance auf ein vereinigtes, friedliches Europa. Die Weichen schienen auf Dialog, Annäherung und Abbau der Rüstungspotenziale gestellt. Diese historische Chance wurde vertan - auch weil Deutschland und andere westeuropäische Staaten beharrlich eine Zukunft für das Militärbündnis North Atlantic Treaty Organization (NATO) suchten. Mehr noch: Diese Politik hat in eine Sackgasse geführt. Die NATO hat nach dem Ende des Kalten Krieges keinen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit und zur Förderung des Friedens in Europa geleistet. Vor allem der Konfrontations- und Isolationskurs der NATO gegenüber Russland, verhinderte eine kooperative und friedliche Lösung der europäischen Sicherheitsprobleme. Der August-Krieg zwischen Georgien und Russland hat zudem deutlich gezeigt, welche zukünftigen Risiken eine Fortsetzung des NATO-Ausdehnungskurses birgt.
2. Die dringendsten Zukunftsfragen – Klimawandel, umweltverträgliche Energieversorgung, Frauen- und Menschenrechte, Unterentwicklung und weltweite Ächtung von Massenvernichtungswaffen - können nur gemeinsam von den Staaten erfolgreich beantwortet werden. Voraussetzung hierfür ist das Bekenntnis zu einem friedlichen Miteinander und eine Absage an die Durchsetzung machtpolitischer Interessen mit militärischen Mitteln. Vor diesem Hintergrund eröffnen gerade die Vorschläge des russischen Staatspräsidenten, Verhandlungen über einen neuen europäischen Sicherheitsvertrag zu beginnen, neue Perspektiven für Europa und die USA.
3. Die Zeit ist reif für ein deutliches Zeichen, dass auch in den NATO-Staaten Abrüstung und Rüstungskontrolle als Voraussetzungen für gegenseitiges Vertrauen und eine friedensorientierte Außenpolitik angesehen werden. Derzeit werden mehr als 2/3 der weltweiten Militärausgaben von den NATO-Staaten bestritten. Notwendig ist deswegen eine Zäsur in der Militär- und Rüstungspolitik der NATO – insbesondere in der Atomwaffenpolitik. Nicht nur, dass die NATO – im Widerspruch zum Nichtverbreitungsvertrag - weiterhin an der nuklearen Teilhabe festhält, die NATO reklamiert für sich auch das Recht auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen. Ein Großteil der NATO-Staaten, darunter auch Deutschland, hat bei den Vereinten Nationen bislang gegen den Vorschlag einer Konvention über die weltweite Ächtung von Atomwaffen gestimmt. Diese Blockade gilt es jetzt aufzulösen und die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa anzugehen.

**\* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

4. Europa braucht eine Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und anderen Institutionen, um die legitimen Sicherheitsbedürfnisse der europäischen Staaten einvernehmlich und kooperativ zu gewährleisten. Damit muss auch eine Neubewertung der Rolle der NATO verbunden sein, denn die NATO steht auch nach 60 Jahren nach wie vor für die Deregulierung der internationalen Beziehungen, für die Schwächung des Völkerrechts, für Hochrüstung und für das Streben nach militärischer Dominanz. Die Aufstellung der NATO Response Force steht zudem exemplarisch für die Ausrichtung der NATO auf eine militärische Interventionspolitik im globalen Maßstab. In Afghanistan ist bereits jetzt das Scheitern dieser Interventionspolitik klar und deutlich zu erkennen: Die militärische Eskalation seitens der NATO führte zu einer beispiellosen Verschlechterung der Sicherheitslage und gefährdet den Wiederaufbau in Afghanistan.
5. Im Mittelpunkt einer zukünftigen kooperativen und friedensorientierten Sicherheitspolitik müssen zivile Instrumente stehen. Die Bestrebungen der NATO, das militärische Aufgabenspektrum kontinuierlich auszuweiten sind damit nicht vereinbar. Die geplante Überarbeitung des Strategischen Konzepts der NATO soll als neue Legitimationsgrundlage für das Militärbündnis und ihre Interventionspolitik dienen. Der NATO-Gipfel am 3. bis 4. April 2009 ist der geeignete Ort und Zeitpunkt diese Politik grundlegend in Frage zu stellen und mit der Abwicklung dieser anachronistisch gewordenen Militärallianz zu beginnen.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf dem NATO-Gipfel eine Initiative für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und die Beendigung des Systems der Nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO vorzulegen, den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und Europa einzufordern und sich zugleich für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und die Unterstützung einer Konvention für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen;
2. sich auf dem NATO-Gipfel für einen Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan einzusetzen und gleichzeitig mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu beginnen;
3. die sofortige Aufhebung des am 4. Oktober 2001 beschlossenen Bündnisfalls zu beantragen;
4. die Bedingungen für Vertrauen und Sicherheit in Europa zu verbessern durch Initiierung neuer Verhandlungen über eine Anpassung des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa mit den Zielen der deutlichen Absenkung der Höchstgrenzen für konventionelle Waffensysteme und Streitkräfte um ein Drittel und einer klaren Absage an die Stationierung von US-Streitkräften an den Grenzen zu Russland;
5. ein deutliches Zeichen für weltweite Abrüstung zu setzen und auf dem NATO-Gipfel eine Initiative zur Reduzierung der Verteidigungshaushalte sämtlicher NATO-Mitgliedsstaaten um jährlich fünf Prozent vorzulegen;
6. die Beteiligung der Bundeswehr an der NATO Response Force zu beenden und auf dem NATO-Gipfel einen Plan für den vollständigen Abbau der Interventionskapazitäten der NATO vorzulegen;
7. sich zum einen weder bilateral noch innerhalb der NATO an der Entwicklung und dem Aufbau eines Systems zur Abwehr interkontinentaler ballistischer Raketen zu beteiligen;
8. Verhandlungen über eine Neuordnung der gesamteuropäischen Sicherheit anzustreben, die sich vor allem auf zivile Instrumente einer kooperativen und friedensorientierten Sicherheitspolitik abstützt, und die Initiativen des russischen Präsidenten Medwedjew für einen neuen europäischen Sicherheitsvertrag und des französischen Präsidenten Sarkozy für ein Gipfeltreffen der OSZE aktiv zu unterstützen.

Berlin, den 24. März 2009

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**